

Arzberg

Trassengegner bleiben kämpferisch

OB MIT ERDVERKABELUNG ODER FREILEITUNG - MITGLIEDER VON BÜRGERINITIATIVEN KRITISIEREN IN HÖCHSTÄDT DIE GEPLANTE MONSTERTRASSE. DIE FREIEN WÄHLER SICHERN IHNEN UNTERSTÜTZUNG ZU.



Wehren sich weiter gegen die Stromtrasse: Mitglieder verschiedener Bürgerinitiativen. In Höchstädt versprochen Bundestagsdirektkandidat Hans Martin Groetsch, Landtagsabgeordneter Thorsten Glauber ...

Höchstädt - Mit gepfefferten Aussagen und klarer Ablehnung haben Vertreter verschiedener Bürgerinitiativen (BI) in Höchstädt ihrem Unmut über die sogenannte Monsterstromtrasse kundgetan. Adressat war Landtagsabgeordneter Thorsten Glauber, der für die Freien Wähler (FW) im Maximilianeum sitzt. Organisiert hatte die Veranstaltung in der Berggaststätte "Schlosshügel" der Hofer Bundestagsdirektkandidat Hans Martin Grötsch mit den Freien Wählern aus dem Kreis Wunsiedel und dem Ortsverband Höchstädt.

"Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es diese Gleichstromtrasse nicht braucht", sagte der stellvertretende Fraktionssprecher der Freien Wähler im Landtag, Thorsten Glauber. "Der Ansatz ist verkehrt." Statt die regionale Wertschöpfung zu unterstützen, werde hier ein Trassenwahnsinn betrieben, der nicht notwendig sei. Dies war auch die Überschrift seines gut halbstündigen Vortrags. "Wenn wir Strom bezahlen, muss er der Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft dienen." Dies sei bei der geplanten Leitung, die von Wolmirstedt in Sachsen-Anhalt bis zum Netzknoten Isar bei Landshut führen soll, nicht der Fall. Die Freien Wähler im Landtag haben sich "früh in Gänze gegen die Leitung ausgesprochen", sagte Glauber, der sowohl der Freileitung als auch der nun ins Spiel gebrachten Erdverkabelung eine klare Abfuhr erteilte.

Der Fehler sei schon vor Jahren entstanden, als die Notwendigkeit der Stromtrasse im Netzentwicklungsplan 2012 erläutert und im Bundesbedarfsplan 2013 gesetzlich verankert worden sei. "Es wurde aber nicht gefragt: Was können die einzelnen Regionen selbst dazu beitragen?", erläuterte Glauber. Gerade der Landkreis Wunsiedel übernehme eine Vorreiterrolle im Einsatz regenerativer Energien. "Wir könnten allein in Oberfranken rund zwei Milliarden Euro Wertschöpfung hier behalten", rechnete Glauber anhand von Beispielen vor. "Im Bund wären 150 Milliarden Euro möglich." Stattdessen garantiere der deutsche Staat einem niederländischen Staatsunternehmen wie Tennet eine Rendite von über neun Prozent. "Am Ende des Tages dient diese Trasse nur dem europaweiten Stromhandel."

Glauber sagte den 52 Gästen in Höchstädt, dass seiner Meinung nach der Ansatz ein völlig verkehrter sei: "Gefordert wäre ein Konzept, dass Kommunen verpflichtet, Eigen-Energie zu erzeugen." Außerdem könne es nicht sein, meinte Glauber, "dass Leitungen gebaut werden, die dann nicht einmal in unserem Besitz sind."

Einen weiteren wichtigen Beleg dafür, dass es die Leitungen überhaupt nicht brauche, lieferten die Netzbetreiber laut Glauber selbst: "2022 wird das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet. Selbst wenn die HGÜ-Leitung tatsächlich gebaut wird, wird sie nicht vor 2025 oder 2026 fertig - und sie werden sehen, dass es im Süden Bayerns nicht dauerhaft dunkel wird." Enttäuscht zeigte sich der Fraktionsvize der Freien Wähler über den beendeten politischen Diskurs: "Es wird nicht mehr diskutiert. Es herrscht nur noch politische Arroganz. Wir sind gewählte Vertreter des Volkes und haben in solch wichtigen Fragen nicht einmal Rederecht." Da es sich nun um eine Bundesfachplanung handele, seien die Einflussmöglichkeiten stark eingeschränkt.

Aus dem Auditorium kamen klare Aussagen der Trassengegner: "Wir haben Angst, deshalb sind wir hier", "wir brauchen diese Trasse nicht", "die Kosten bleiben bei uns allen, wir brauchen diese Kosten nicht" lauteten einige der Kommentare. Ein Landwirt aus Seußen warnte vor den unvorhersehbaren Folgen für die Vegetation: "Ich bin auch vom Bauernverband enttäuscht." "Wenn wir zu frech sind, wird Horst Seehofer seine schützende Hand wegziehen", echauffierte sich eine BI-Aktivistin, die den Wunsiedler Landrat Dr. Karl Döhler für seine zögernde Haltung kritisierte. FW-Kreisvorsitzender Dr. Klaus von Stetten verwies auf den jüngsten einstimmigen Beschluss der Bürgermeister im Landkreis, eine solche Trasse insgesamt abzulehnen. "Das kam doch nur auf Brigitte Artmanns Initiative zustande", sagte eine BI-Sprecherin unter dem Applaus der Gäste.

"Wir bezahlen das doppelt", sagte ein Trassengegner mit Hinblick auf die Subventionierung des Braunkohlestroms in Sachsen-Anhalt, der ebenfalls auf der HGÜ-Leitung transportiert werden solle. Eine BI-Sprecherin sagte: "Wir werden von Lobbyisten an die Wand gespielt." Angesichts der Kosten und der nicht vorhersehbaren Folgen der sogenannten Monsterstromtrasse bemerkte ein Mann nachdenklich: "Unsere Kinder werden uns verfluchen, wenn wir das zulassen. Die zahlen für Leitungen, die es nicht gebraucht hätte und die ihnen nicht einmal gehören." Hans Martin Groetsch sagte den BI-Aktivistinnen seine Unterstützung bei einer Petition gegen die Monsterstromtrasse zu. Der Höchstädter FW-Ortsvorsitzende Martin Schikora ermunterte die Trassengegner zum Weitermachen: "Wir haben hier in Höchstädt schon einmal eine Autobahn verhindert, die unsere Ortsteile negativ beeinflusst hätte - mit Erfolg. Es ist nie zu spät." M. S.